

Nach Meinung des US-Autors Stephen Kinzer werden die USA eigentlich von einer Militärjunta regiert.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 162/17 – 06.10.17**

In den USA findet gerade ein Militärputsch in Zeitlupe statt

Von Stephen Kinzer

Information Clearing House, 18.09.17

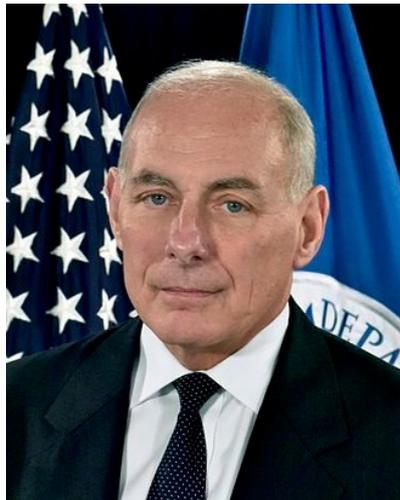
(<http://www.informationclearinghouse.info/47836.htm>)

In einer Demokratie sollte es eigentlich niemand hinnehmen, wenn das gewählte Staatsoberhaupt schrittweise von Generälen entmachtet wird. Bisher hat man geglaubt, in den USA könnte das niemals geschehen. Aber genau das vollzieht sich gerade.

Zu den prägendsten politischen Gruppierungen des 20. Jahrhunderts gehören Militärjuntten. Sie bestehen meistens aus drei grimmig blickenden Offizieren, die putschen, um die Kontrolle über einen Staat zu übernehmen. Juntten dulden auch zivile Einrichtungen, aber nur so lange sie sich ihnen unterwerfen, denn am Ende setzen sie immer ihren eigenen Willen durch. Noch vor wenigen Jahrzehnten wurden wichtige Länder wie Chile, Argentinien, die Türkei, und Griechenland von Juntten regiert.



James Mattis



John Kelly
(Fotos: Wikipedia)



H. R. McMaster

In unseren Tagen herrschen vielerorts wieder Juntten – neuerdings auch in Washington. Drei Generäle haben sich die Macht angeeignet, die Außen- und Sicherheitspolitik der USA zu bestimmen: General James Mattis (s. https://de.wikipedia.org/wiki/James_N._Mattis), der US-Verteidigungsminister, General John Kelly (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/John_F._Kelly), der Stabschef des Präsidenten Trump und General H. R. McMaster (s. https://de.wikipedia.org/wiki/H._R._McMaster), der Nationale Sicherheitsberater (des Präsidenten). Sie legen weder ihre Ordensspangen an, um Militärparaden abzunehmen, und sie schicken auch keine Todesschwadronen aus, um Gegner umbringen zu lassen, was Juntten normalerweise tun. Mit ihrer Art der Machtergreifung haben sie klammheimlich eine ganz neue Stufe der Erosion der politischen Normen der USA und der Militarisierung der US-Außenpolitik erklimmen. Und jetzt fallen die Schleier.

In Anbetracht der Unerfahrenheit des Präsidenten in politischen Angelegenheiten halten manche eine Militärjunta in Washington für eine Verbesserung. Immerhin sind die drei Generäle gestandene Männer, die weltweit Erfahrungen gesammelt haben. Ganz anders als Trump und die seltsamen politischen Ratgeber, mit denen er ins Weiße Haus eingezogen ist. Sie haben auch schon stabilisierend gewirkt. Mattis hat sich geweigert, Nordkorea zu bombardieren, Kelly hat unter dem Personal des Weißen Hauses aufgeräumt und McMaster hat sich scharf von Trumps Lob für die gewalttätigen weißen Nationalisten von Charlottesville distanziert.

Die Herrschaft der Generäle scheint besser als die Trumps zu sein – sie ist es aber nicht.

Militärs sind wie wir alle von ihrer Vergangenheit und ihrem bisherigen Umfeld geprägt. Die drei Junta-Offiziere, die Trump kontrollieren, haben insgesamt 119 Jahre Militärdienst geleistet. Sie sehen die Welt natürlich aus militärischer Perspektive und neigen deshalb auch zu militärischen Problemlösungen. Weil sie andere Prioritäten setzen, haben militärische Bedürfnisse immer Vorrang vor eigentlich wichtigeren zivilen Erfordernissen.

Trump hat bereits erklärt, dass er außenpolitische Entscheidungen "seinen Generälen" überlassen wolle. James Mattis, der starke Mann der Junta, war vorher Kommandeur des CENTCOM (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Central_Command) und damit zuständig für die US-Kriege im Mittleren Osten und in Zentralasien. Auch Kelly ist Irak-Veteran, und McMaster war, seit er im Golfkrieg 1991 eine Panzerkompanie geführt hat, fast ohne Unterbrechung Truppenkommandeur im Irak und in Afghanistan.

Militärkommandeure haben gelernt, wie Kriege geführt werden, sie können aber nicht darüber entscheiden, ob Kämpfe aus strategischen Gründen sinnvoll sind. Sie können Trump sagen, wie viele Truppen notwendig sind, um die in Afghanistan erreichten Positionen zu halten, sie können aber nicht darüber befinden, was der längerfristigen Durchsetzung der US-Interessen in Afghanistan am besten dient. Das ist eigentlich der Job von Diplomaten. Anders als Soldaten, die gelernt haben, wie Menschen umzubringen und Sachen zu zerstören sind, werden Diplomaten dafür ausgebildet, Konflikte auf dem Verhandlungsweg zu lösen und mit kühlem Kopf US-Interessen politisch durchzusetzen. Mattis ist zwar vor der Bombardierung Nordkoreas zurückgeschreckt, alle drei Mitglieder der Junta bevorzugen aber genau die Art von Konfrontation, die zu den Kriegen in Afghanistan, im Irak und anderswo geführt hat, und die Spannungen in Europa und Ostasien wachsen lässt.

Die Junta in den USA unterscheidet sich deutlich von klassischen Junten wie dem "National Council for Peace and Order", der über Thailand herrscht (s. dazu auch https://en.wikipedia.org/wiki/National_Council_for_Peace_and_Order). Die US-Junta verfolgt in erster Linie außenpolitische und kaum innenpolitischen Ziele. Zweitens hat sie die Macht nicht mit einem Putsch an sich gerissen, sie hat sich die Macht von einem gewählten Präsidenten übertragen lassen. Am wichtigsten ist aber, dass ihr Hauptziel nicht die Errichtung einer neuen Ordnung, sondern die Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung ist.

Als Präsident Trump letzten Monat entscheiden musste, und ob der US-Krieg in Afghanistan fortgesetzt werden soll, vollzog er eine Kehrtwende. Vor vier Jahren hatte er noch getwittert "Lasst uns aus Afghanistan abziehen!" (s. <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/289807790178959360>) Wenn er das wahrgemacht und die US-Truppen nach Hause geholt hätte, wäre die politische und militärische Elite in Washington fassungslos gewesen. Deshalb trat die Junta in Aktion. Sie überzeugte Trump vom Gegenteil. Statt eines "schnellen Rückzugs" aus Afghanistan kündigte er eine Truppenverstärkung an, damit "mehr Terroristen getötet" werden können.

Es ist keine große Überraschung, dass Trump in den Mainstream der US-Außenpolitik eingeschwenkt ist; das hat auch schon Präsident Obama zu Beginn seiner Präsidentschaft getan. Bedrohlich ist nur, dass Trump einen Großteil seiner Macht den Generälen übertragen hat. Und am schlimmsten ist, dass viele US-Bürger das auch noch beruhigend finden. Sie sind von der Korruption und Kurzsichtigkeit unserer politischen Klasse so angewidert, dass sie Soldaten als Alternative ansehen. Und das ist eine gefährliche Versuchung.

Stephen Kinzer lehrt am Watson Institut für International and Public Affairs der Brown University. Dieser Artikel wurde zuerst im Boston Globe veröffentlicht.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Weitere Informationen über den Autor sind nachzulesen unter https://en.wikipedia.org/wiki/Stephen_Kinzer . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



America's Slow-motion Military Coup

By Stephen Kinzer

September 18, 2017 "Information Clearing House" – In a democracy, no one should be comforted to hear that generals have imposed discipline on an elected head of state. That was never supposed to happen in the United States. Now it has.

Among the most enduring political images of the 20th century was the military junta. It was a group of grim-faced officers — usually three — who rose to control a state. The junta would tolerate civilian institutions that agreed to remain subservient, but in the end enforced its own will. As recently as a few decades ago, military juntas ruled important countries including Chile, Argentina, Turkey, and Greece.

These days the junta system is making a comeback in, of all places, Washington. Ultimate power to shape American foreign and security policy has fallen into the hands of three military men: General James Mattis, the secretary of defense; General John Kelly, President Trump's chief of staff; and General H.R. McMaster, the national security adviser. They do not put on their ribbons to review military parades or dispatch death squads to kill opponents, as members of old-style juntas did. Yet their emergence reflects a new stage in the erosion of our political norms and the militarization of our foreign policy. Another veil is dropping.

Given the president's ignorance of world affairs, the emergence of a military junta in Washington may seem like welcome relief. After all, its three members are mature adults with global experience — unlike Trump and some of the wacky political operatives who surrounded him when he moved into the White House. Already they have exerted a stabilizing influence. Mattis refuses to join the rush to bomb North Korea, Kelly has imposed a measure of order on the White House staff, and McMaster pointedly distanced himself from Trump's praise for white nationalists after the violence in Charlottesville.

Being ruled by generals seems preferable to the alternative. It isn't.

Military officers, like all of us, are products of their background and environment. The three members of Trump's junta have 119 years of uniformed service between them. They naturally see the world from a military perspective and conceive military solutions to its problems. That leads toward a distorted set of national priorities, with military "needs" always rated more important than domestic ones.

Trump has made clear that when he must make foreign policy choices, he will defer to "my generals." Mattis, the new junta's strongman, is the former head of Central Command, which directs American wars in the Middle East and Central Asia. Kelly is also an Iraq veteran. McMaster has commanded troops in Iraq and Afghanistan almost without interruption since he led a tank company in the 1991 Gulf War.

Military commanders are trained to fight wars, not to decide whether fighting makes strategic sense. They may be able to tell Trump how many troops are necessary to sustain our present mission in Afghanistan, for example, but they are not trained either to ask or answer the larger question of whether the mission serves America's long-term interest. That is properly the job of diplomats. Unlike soldiers, whose job is to kill people and break things, diplomats are trained to negotiate, defuse conflicts, coolly assess national interest and design policies to advance it. Notwithstanding Mattis's relative restraint on North Korea, all three members of Trump's junta promote the confrontational approach that has brought protracted war in Afghanistan, Iraq and beyond, while fueling tension in Europe and East Asia.

Our new junta is different from classic ones like, for example, the "National Council for Peace and Order" that now rules Thailand. First, our junta's interest is only international relations, not domestic policy. Second, it did not seize power in a coup, but derives its authority from the favor of an elected president. Third and most important, its main goal is not to impose a new order but to enforce an old one.

Last month, President Trump faced a crucial decision about the future of America's war in Afghanistan. This was a potential turning point. Four years ago Trump tweeted, "Let's get out of Afghanistan." If he had followed that impulse and announced that he was bringing American troops home, the political and military elite in Washington would have been stunned. But junta members swung into action. They persuaded Trump to announce that instead of withdrawing, he would do the opposite: reject "rapid exit" from Afghanistan, increase troop strength, and continue "killing terrorists."

It is no great surprise that Trump has been drawn into the foreign policy mainstream; the same happened to President Obama early in his presidency. More ominous is that Trump has turned much of his power over to generals. Worst of all, many Americans find this reassuring. They are so disgusted by the corruption and shortsightedness of our political class that they turn to soldiers as an alternative. It is a dangerous temptation.

Stephen Kinzer is a senior fellow at the Watson Institute for International and Public Affairs at Brown University. This article was first published by Boston Globe.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern